

Erzieherische Diskussion

In der letzten Beratung der Parteigruppe des Kreistages erhielten Genossen den Hinweis, vor der Parteigruppe darzulegen, wie sie versuchen, als Abgeordnete im Sinne der Beschlüsse des 11. Plenums zu arbeiten, welche Probleme es in ihrer Arbeit dabei gibt, wie ihnen die Parteileitungen ihrer Grundorganisationen helfen, welche Vorschläge sie für ihre Mitarbeit in den Ständigen Kommissionen zu unterbreiten haben und anderes. Neben der Orientierung, die die Genossen der Parteigruppe zu den Fragen des Dialogs zwischen SED und SPD erhielten, entwickelte sich anhand der Einschätzungen der Genossen eine inhaltsreiche erzieherische Diskussion. Ein Genosse klagte über Schwierigkeiten in der Arbeit mit Jugendlichen. Seine Überlegungen endeten etwa bei der Schlußfolgerung: „Jugendliche heranzuziehen hat keinen Zweck.“ Andere Genossen der Parteigruppe griffen das auf und zeigten an Beispielen, wie man die Jugendlichen für die staatliche Leitungsarbeit heranziehen kann und welche Ergebnisse es gibt, wenn man das richtig macht.

Die regelmäßigen Beratungen des Sekretariats mit den Parteigruppensekretären haben auch zur Folge, <Jaß die Genossen in den Abgeordnetenschulungen mit der Kenntnis über den Inhalt wichtiger Beschlüsse auftreten können und dadurch auch diese Schulungen eine höhere politische Qualität erhalten.

Die zielstrebigere gewordene Arbeit führte auch dazu, daß jetzt zum Beispiel in der Stadt Schönebeck und in Barby regelmäßige Abstimmungen zwischen dem Ortsparteisekretär, dem Sekretär der Parteigruppe der Stadtverordnetenversammlung, dem Vorsitzenden des Ortsausschusses der Nationalen Front, dem Genossen

Bürgermeister sowie dem Sekretär des Rates, stattfinden.

Wir werden unser Hauptaugenmerk vom Hinblick auf die Parteiarbeit in den staatlichen Leitungsorganen darauf richten, daß regelmäßig wichtige Beschlüsse erläutert, gegebenenfalls seminaristisch durchgearbeitet werden, daß die Erziehungsarbeit der Grundorganisationen bzw. Parteigruppen darauf hinzielt, bei allen Genossen, ob Abgeordneter oder Mitarbeiter hohes politische Bewußtsein bei der Erfüllung seiner staatlichen Funktionen zu erreichen.

Die Parteiarbeit muß dazu führen, die Genossen zum Verständnis für das Neue, für das Wesentliche bei der weiteren Durchsetzung des Staatsraterlasses zu erziehen. Sie sollen dabei Initiatoren sein, immer wieder den Weg zu den Werktätigen gehen, sich mit ihnen beraten und sie für die Mitarbeit gewinnen.

Das Sekretariat muß Einfluß auch darauf nehmen, daß die Parteileitungen in den Betrieben und Genossenschaften und in anderen Grundorganisationen richtige Beziehungen zu den Genossen haben, die als Abgeordnete tätig sind. Mindestens im Jahr zweimal sollten diese Genossen vor ihrer Parteileitung über ihre staatliche Tätigkeit berichten, und die Parteileitungen sollten darüber wachen, daß die Abgeordneten bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe unterstützt und nicht etwa behindert werden.

Selbstverständlich wird sich das Sekretariat unserer Kreisleitung in regelmäßigen Abständen mit der Durchsetzung des Staatsraterlasses befassen, wird es die Anleitung der Parteiorganisationen im Staatsapparat sowie der Parteigruppen in den gewählten Volksvertretungen kontinuierlich fortsetzen.

Karl-Heinz Ahl

1. Sekretär der Kreisleitung Schönebeck (Elbe)

schichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Diese Bücher wer den mir helfen, die Strategie und Taktik unserer Partei noch besser zu verstehen und in meiner VK-Tätigkeit zu nutzen. Selbstverständlich lese ich sehr aufmerksam die Zeitungen. Beim Lesen unserer Bezirkspresse muß ich leider häufig feststellen, daß Kritiken und Hinweise von den angesprochenen Stellen ignoriert werden bzw. unbeantwortet bleiben. In solchen Fällen vergessen auch die Genossen Redakteure, den

Kritisierten eine „Gedächtnisspritze“ in Form einer höflichen Mahnung zu geben. Hier könnte meines Erachtens mit einer Glosse geantwortet werden. Mit ihr werden die kritisierten Mängel stark hervorgehoben und gleichzeitig wirksam bekämpft.

Im Statut unserer Partei wird sinngemäß gesagt, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, die Kritik und Selbstkritik zu entwickeln und gegen jeden Versuch, sie zu unterdrücken oder sie durch Beschönigung zu ersetzen, anzukämpfen. Außerdem

gibt es in unserem Staat Gesetze, die das Mitbestimmungsrecht der Bürger garantieren. Da ist z. B. der Paragraph 2 des Staatsraterlasses „Eingaben der Bürger — eine Form der Mitarbeit an der Leitung unseres Staates“. Dort heißt es wörtlich: „Für die Bearbeitung der Eingaben der Bürger sind die Leiter der Staatsorgane, sozialistischen Betriebe und Institutionen persönlich verantwortlich. Vorschläge, Hinweise, Kritiken, Beschwerden und Anliegen, die in öffentlichen Versammlungen.